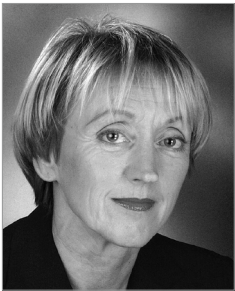


Kandidaturen für den Bundesvorstand

Am 9. Oktober 2021 findet die Mitgliederversammlung des Deutschen Juristinnenbunds e.V. (djB) statt. Der gesamte Bundesvorstand wird satzungsgemäß neu gewählt. Die Ausschreibung aller Ämter erfolgte in djBZ 1/2021. Weiterhin werden an einem der zu besetzenden Ämter interessierte Mitglieder gebeten, dies der djB-Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen. Auch Vorschläge für Kandidaturen sind willkommen. Die Kandidatinnen haben die Möglichkeit, sich auf der djB-Webseite und über Newsletter vorzustellen. Dies ist jedoch keine Voraussetzung für die Kandidatur, sondern ein Angebot. Einige Kandidatinnen haben sich auch schon in der djBZ 2/2021 vorgestellt. Darüber hinaus haben ihre (erneute) Kandidatur bereits angekündigt:

Für das Amt der Schatzmeisterin



▲ Foto: Stock-Müller
Fotostudio, Freiburg

Petra Lorenz, geb. 1950 in Gotha. Nach dem Abitur habe ich in Erlangen mit dem Jurastudium begonnen, bin dann nach 2 Semestern in Genf nach Freiburg gewechselt und habe dort mein erstes und nach der Referendarzeit auch mein zweites Staatsexamen abgelegt. Bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2016 war ich in der Finanzverwaltung des Landes Baden-Württemberg in mehreren Finanzämtern und im Freistaat Sachsen als Richterin am Sächsischen Finanzgericht in Leipzig tätig. DjB-Mitglied bin ich seit 1988, aufgrund meiner beruflichen Prägung ist dann auch mein aktives Engagement im djB keine Überraschung: Von 2002 bis 2016 war ich Schatzmeisterin der RG Freiburg und von 2003 bis 2015 zusammen mit Ruth Cohaus Kassenprüferin des Vereins.

Seit 2015 bin ich Bundesschatzmeisterin und habe die vielfältigen Anforderungen, denen sich unser stetig wachsender Verein gegenüber sieht, aus finanzieller Sicht begleitet. Ich bin gerne bereit, diese Aufgabe auch in der nächsten Wahlperiode wahrzunehmen.

Als Kommissionsvorsitzende Kommission Europa- und Völkerrecht



▲ Foto: privat

Prof. Dr. Anna Katharina Mangold, LL.M. (Cambridge). Ich bin als bayerische Berlinerin aufgewachsen und habe in Freiburg Jura studiert. Schon im Studium befasste ich mich mit rechtshistorischen Fragen der Stellung von Frauen – vom Mittelalter über die Neuzeit bis in die Moderne. Kurz nach dem Studium trat ich dem djB bei. Das Referendariat absolvierte ich am Kammergericht in Berlin

und verbrachte dort eine Station in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen im Referat „Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten der Gleichstellungspolitik“, wo ich u.a. an einem Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache in der Berliner Verwaltung mitwirkte. Nach dem zweiten Staatsexamen wurde ich in Freiburg mit einer historisch-empirischen Arbeit zur Europäisierung der deutschen Rechtsordnung promoviert und studierte dann für einen LL.M. an der Universität Cambridge. Sodann arbeitete ich an meiner Habilitationsschrift zur demokratietheoretischen Legitimation des Antidiskriminierungsrechts, zunächst als Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Dr. Ute Sacksofsky, M.P.A. (Harvard), an der Universität Frankfurt/Main, danach als Leiterin eines von der VW Stiftung finanzierten Drittmittelprojekts. Nach der Habilitation vertrat ich Professuren an der Universität Konstanz und der HU Berlin, dort den Lehrstuhl von Prof. Dr. Susanne Baer, LL.M. (Michigan), wo ich Legal Gender Studies unterrichtete. Seit 2019 bin ich Professorin für Europarecht an der Europa-Universität Flensburg. Seither forsche und veröffentliche ich im Schwerpunkt zu Fragen der Gleichstellung von Frauen und zu Antidiskriminierungsrecht.

Gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern der Kommission Europa- und Völkerrecht möchte ich im Falle meiner Wahl das Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsrecht auf europäischer und internationaler Ebene in seinen Verschränkungen mit dem nationalen Recht in den Blick nehmen. Die aktuellen Rechtsverfahren um Equal Pay etwa sind stark durch unionsrechtliche Vorgaben geprägt, besonders die Rechtsprechung des EuGH, genauso wie die Entwicklung des deutschen Strafrechts durch völkerrechtliche Verträge. Die Kommission Europa- und Völkerrecht hat mithin vielfach ähnliche Themen wie andere Kommission, weswegen ich einen engen Austausch und Kooperationen mit den anderen Kommissionen anstrebe. Die weit verzweigte Vernetzung der Kommissionsmitglieder in die unions- wie völkerrechtliche Praxis erlauben das effektive Aufgreifen aktueller rechtspolitischer Themen. Ein besonderes Interesse habe ich persönlich an Projekten mit Mitgliedern des djB im Studium und würde gerne einerseits ein Projekt feministischer Reformulierung zentraler Entscheidungen des EuGH wie nationaler Gerichte vorantreiben, wie es sie im englischsprachigen Raum bereits gibt, und andererseits einen feministischen Moot Court installieren, der es erlaubt, die Erfahrung vernetzter strategischer Prozessführung praktisch zu machen.